

Correspondent

Erscheint

Dienstag, Donnerstag,
Sonntabend.

Jährlich 150 Nummern.

für

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.

Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

40. Jahrg.

Leipzig, Donnerstag den 11. Dezember 1902.

№ 143.

Die Probe aufs Exempel.

Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für eine gemeinsame Tätigkeit zusammenzuführen, gehört mit zu den wichtigsten Aufgaben der modernen Gewerkschaften. Diesen Satz haben wir seit Jahren verfolgt und begründet. In zweiter Linie haben wir den Standpunkt vertreten, daß zu diesem Zwecke von den freien Gewerkschaften eine Annäherung an andere gewerkschaftliche Organisationen ständig in Fluß zu halten ist und haben wir demgemäß das Wort Legiens verurteilt, daß die zwischen den freien und den christlichen Gewerkschaften bestehenden Gegensätze ausgekämpft und nicht ausgeglichen werden sollen. Zum dritten haben wir ebenfalls seit Jahren dafür plaidiert, daß die Gewerkschaften Politik treiben sollen, allerdings keine Parteipolitik. Mit einem solchen, den Zeitverhältnissen angepaßten Programm der Gewerkschaften ist in diesen Tagen, und zwar in Düsseldorf, die Probe aufs Exempel gemacht worden, so daß es unseren Lesern verständlich ist, wenn wir auf den ebenso einzigen wie erfreulichen Vorgang etwas näher eingehen. Dies ist auch bereits von anderer Seite gesehen und zwar vom Korrespondenzblatte der Generalkommission, welches, allerdings in striktem Gegensatz zu unsrer Auffassung, schreibt:

„In Düsseldorf haben die Gewerkschaften und Gewerksvereiner gemeinsame Sache bei den Stadtverordnetenwahlen gemacht mit dem Erfolge, je einen ihrer Kandidaten mit Zentrumsvertretern in die Stichwahl zu bringen. Wir versprechen uns von solchen gemeinsamen Aktionen mit Sondergewerkschaften, soweit nicht Streiks in Frage kommen, wenig Gutes. Vor allem muß die offizielle Teilnahme von Gewerkschaften an Stadtverordnetenwahlen befremdlich erscheinen. Das bringt die Gewerkschaften in politische Gegensätze, die ihrer Entwicklung nicht förderlich sind. Solche Wahlen sollte man ruhig den Parteien überlassen, wobei auch die organisierten Arbeiter nicht unvertreten sind.“

Eine andre Beurteilung als die vorstehende haben wir allerdings in Sachen der praktischen Düsseldorfer Arbeiterpolitik vom Korrespondenzblatte nicht erwartet. Es ist dies der Standpunkt des parteipolitisch verflauten Gewerkschaftlers, der sich immer seiner subalternen Stellung gegenüber der Partei bewußt ist und ihr gern das Gebiet reserviert hält, wo er heim- und pflichtgemäß zu wirken hätte. Wo um alles in der Welt sollen sich zwischen den Arbeitern „politische Gegensätze“ herausentwickeln, wenn die Arbeiter in reinen Arbeiterfragen sich zum Zwecke eines gemeinsamen Handelns verständigen? Und warum „verspricht“ sich das Korrespondenzblatt von diesen „gemeinsamen Aktionen mit Sondergewerkschaften“ nichts? Weil es sich fürchtet, der Partei zu nahe zu treten, die glaubt, die Hand auf die Wahlen zum Stadtparlament legen zu müssen. Und was die Sondergewerkschaften angeht, so hat uns doch gerade das Korrespondenzblatt nach Beendigung des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses zugemutet, mit Sondergewerkschaften im Leipziger Kartelle zusammen zu arbeiten, materiell und ideell! Dann verstehen wir unter „Sondergewerkschaften“ abgespaltene Zweige und Nester von der Mutterorga-

nisation, aber nicht selbständige organisatorische Gebilde, die zum Teile älter sind als ein großer Teil derjenigen Organisationen, in deren Namen das Korrespondenzblatt spricht. Wenn man „solche Wahlen“ den „Parteien überlassen“ soll, „wobei auch die organisierten Arbeiter nicht unvertreten sind“, so ist damit ausgedrückt, daß diese „nicht unvertreten“ (bescheidener kann man kaum mehr sein) bleibenden Gewerkschaftler sich jedes Rechtes freiwillig begeben, ihre wichtigsten Forderungen selbstständig zu vertreten. Gerade angesichts der Düsseldorfer Errungenschaft in der Einigkeit der Arbeiter heißt es, nicht zurückhinken, sondern vorwärts zu drängen. Statt dessen hat das Korrespondenzblatt nur die lähmende Parole: „Das ist Sache der Partei!“ Damit kommen wir glücklich dahin, daß bei den diesjährigen Gewerkschaftswahlen in Berlin die sozialdemokratischen „Vertrauensleute von Berlin und Umgebung“ den Gewerkschaften brutal erklären konnten: „Wir sind Beauftragte der organisierten Genossen und die Leitung aller Wahlen, welche öffentliche Angelegenheiten betreffen, liegt uns resp. unseren Auftraggebern, der politischen Partei, ob. Hierzu gehören auch unbedingt die Wahlen zum Gewerbegericht.“ Die „Vertrauensleute“ hätten ja noch hinzufügen können: „wobei auch die organisierten Arbeiter nicht unvertreten sind.“

Wenn wir der Meinung sind, daß auch in den Gemeindeverwaltungen die im Rahmen der Dinge von heute wirkenden Gewerkschaftler größere praktische Vorteile für die Arbeiter herauschlagen können als die auf den starren Buchstaben des Parteiprogramms verpflichteten Genossen, so wird sie belegt durch alle Erfahrungen, die mit der gewerkschaftlichen Arbeit gemacht sind. Wenn bei aller praktischen Tätigkeit der Arbeiter immer nur der Genossenstandpunkt hervorgekehrt werden soll, wird man die anderen Volksschichten, mit denen doch auch zu rechnen ist, nicht für eine Unterstützung von Arbeiterforderungen gewinnen. Sind wir mit dem Vorgehen der Düsseldorfer Arbeiter einverstanden, so können wir es nicht mit der Erklärung Singers auf dem Münchener Parteitage sein, daß die Genossen sich immer bewußt sein müssen, „daß sie als Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen sitzen“ und daß die Genossen immer wieder darauf hinzuweisen seien, „welche Pflichten sie gegenüber der Partei zu erfüllen haben.“ Also nicht Arbeiter-, sondern Parteipolitik soll im Rathause getrieben werden, nicht als Arbeiter-, sondern als Parteivertreter sollen die Genossen in den Gemeindevertretungen in Betracht kommen. Die Genossen sollen ganz besonders vereidet und als Hüter des heiligen Parteiveuers in den Gemeinden in Pflicht genommen werden. Die Gemeindepolitik hat aber mit der Parteipolitik nichts zu tun. Deshalb wünschen wir, wo es angängig, nur reine Arbeitervertreter, die auch mit ihrer sonstigen Tätigkeit außerhalb der städtischen Parlamente sich im Rahmen der organischen Entwicklung bewegen und deren Theorien nicht im Widerspruche mit ihrer praktischen Ar-

beit stehen. Das ist für uns der springende Punkt bei der Vertretung des Grundsatzes, daß sich die Gewerkschaften mit der Wirtschafts-, Sozial- und Gemeindepolitik beschäftigen sollen. Und darüber hinaus, was unseren Lesern nichts neues ist, mit selbständigen Arbeitervertretern zum Reichstage, weil erst mit Gewerkschaftsabgeordneten eine reine Arbeitervertretung möglich sein wird. Können Bau-, Glas-, Berg-, Stein-, Holz-, Metall- und Textilarbeiter nicht ebenso gut für ihre Gewerkschaftskandidaten stimmen wie für sozialdemokratische Lehrer, Pastoren, Unternehmer, Schriftsteller, Apotheker, Rechtsanwälte, Bierwirte usw.? Nebenher geht ganz selbstverständlich die Unterstützung unserer Kandidaten durch dieselben mit den heutigen Zuständen unzufriedenen Wähler, welche heute, ohne Sozialdemokraten zu sein, den sozialdemokratischen Kandidaten wählen. Im übrigen steht einer vernünftigen Kompromißpolitik bei den Wahlen nichts entgegen. Dazu ist aber nicht der einseitige Parteimeinung, sondern der ausschließlich in der Gegenwart wirkende Arbeitervertreter befähigt.

Es wird nicht bestritten werden können, daß in diesen Fragen die Düsseldorfer Gewerkschaften die Probe aufs Exempel gemacht. Deshalb auch das Warnungssignal des Korrespondenzblattes: Principis obsta! Wir glauben nicht, daß die von den vereinigten Gewerkschaften Düsseldorfs auf den ersten Anlauf erschlossene aussichtsreiche Zukunft von ihnen wieder aufgegeben wird, denn gerade im Gemeindegewerbe ist so viel aufklärende, aufbauende oder vorbeugende Arbeit zu verrichten, die erst bei allen großen wirtschaftlichen und sozialen Fragen eine gesunde Unterlage schaffen kann. So lange in den Gemeinden, also von unten herauf, eine Beeinflussung der herrschenden Machtverhältnisse nicht möglich ist, gibt es auch in den „höheren Regionen“ keinen Fortschritt. Neben den Genossenschaften und Konsumvereinen wird in den Gemeinden das Fundament für den Sozialismus aufgebaut. Doch wenn wir selbst von all dem abstrahieren, wie ungeheuer groß ist das Gebiet der Arbeit in den Gemeinden für den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. In der Gemeindeverwaltung ist kein Raum für spekulative Theorien, hier heißt es in eminent praktischem Sinne an Tages- und Gegenwartsfragen herantreten. Und zwar an Fragen, die für die Gewerkschaften in innigem Zusammenhange mit ihrer ganzen organisatorischen oder mit ihrer tariflichen Tätigkeit stehen. Ein einziger orientierender Blick lehrt uns das. Wir erinnern nur an die Forderungen der Lebernahme von städtischen Arbeiten in eigne Regie, der Umwandlung der unter privatkapitalistischer Ausbeutung stehenden Gasanstalten, Elektrizitätswerke und Straßenbahnen in Gemeindebetriebe und deren Ausgestaltung zu Musterbetrieben, ferner erstreben wir bei der Vergebung von Gemeindearbeiten die Anerkennung der tariflichen Gewerksvereinslöhne, die Beseitigung der Streikklausel, die Errichtung von Arbeitsämtern, kommunalen Arbeitsnachweisen, eine geregelte Arbeitslosenbeschäftigung in Zeiten großer Arbeitslosigkeit, das Verhindern des Zuzuges ausländischer Arbeiter, eine billige Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der

städtischen Arbeiter nebst allen weiteren einschlägigen Fragen, aufs lebhafteste sind wir interessiert an einer gesunden Bauordnung, Bodenpolitik und Wohnungsinspektion, an einer Hebung und Verbesserung des städtischen Schulwesens, an der Markt- und Lebensmittelpolizei, an der Errichtung von städtischen Badeanstalten, Krankenhäusern, Volkshäusern, Volksbibliotheken, Lesehallen, Turnhallen und zahllosen anderen im Arbeiterinteresse gelegenen Forderungen. Ferner erinnern wir daran, daß für die geplante umfassende Arbeitslosen-Unterstützung, wie sie der Stuttgarter Kongress in Aussicht genommen, sehr wohl die Kommunen in Frage kommen können, ja es will uns bedünken, als ob Gemeinden, Gewerkschaften und Unternehmer hier eine große kulturelle Vorarbeit zu verrichten hätten. Wer mit Fleiß und Ernst nach Mitteln und Wegen sucht, das Arbeitslosenelement wirksam zu bekämpfen, wird zu der Anschauung kommen, daß viel leichter die Gemeinde als der Staat den ersten Spatenstich tun kann. Das alles kümmert nach dem Korrespondenzblatte die Gewerkschaften nicht im geringsten und läßt „die offizielle Teilnahme von Gewerkschaften an Stadtverordnetenwahlen befremdlich erscheinen!“

Gehen wir aber nun in kurzen Zügen auf die Geschichte der diesjährigen Düsseldorf Stadtverordnetenwahlen selbst ein. In Frage kam für die Arbeiter nur die dritte Wählerklasse mit rund 30 000 Wahlberechtigten, darunter schätzungsweise 15—18 000 Arbeiter. Zu wählen waren in der dritten Klasse vier Stadtverordnete. Als Hauptgegner stand den Arbeitern die Zentrumspartei entgegen, welche aber in drei verschiedene Lager gespalten war, und eine bürgerliche Mittelpartei. Die Frage eines selbständigen Vorgehens der Gewerkschaften war bereits einige Monate vorher auf der Generalsammlung der Düsseldorfer Holzarbeiterorganisation flüchtig diskutiert worden. Daran anknüpfend richtete der Vertreter der deutschen Gewerkschaften, der Redakteur Erkelenz vom Gewerkschaftsvereinsboten, dem Organe der sich von der Oberhoheit des Herrn Dr. Max Hirsch befreiten rheinischen Gewerkschaften, je ein Schreiben an das Gewerkschaftsamt der freien Gewerkschaften und an das Kartell der christlichen Gewerkschaften. Während erstere sich zu einem gemeinsamen Vorgehen bereit erklärten, lehnten die letzteren es ab, und zwar — das ist der Humor bei der Geschichte — fast in demselben Wortlaute, mit dem das Korrespondenzblatt seinen gegnerischen Standpunkt dokumentiert hat. Es heißt in dem Schreiben des Vorsitzenden des christlichen Kartells:

„Große Bedenken hege ich, wenn von Seiten der Gewerkschaften offiziell Stellung genommen würde. Die Stadtratswahl dokumentiert sich als eine politische. Es wird daher Aufgabe der politischen Parteien (in welchen die Arbeiter sich befinden) bleiben, sich auf einen befähigten, unabhängigen Kandidaten zu einigen.“

Hüben wie drüben also engherzige Parteirücksichten. Besonders hervorzuheben und festzuhalten ist aber, daß die Sozialdemokratie von einem selbständigen Vorgehen bei der Wahl ablah. So wurde denn von den deutschen Gewerkschaften und den freien Gewerkschaften in die Wahl eingetreten und bekannt gegeben:

„Die Wahl geschieht unter lediglich wirtschaftlichen Gesichtspunkten als Arbeiterorganisation unter dem Namen „Wahlkomitee der vereinigten freien Gewerkschaften und der deutschen Gewerkschaften.“

Auch der Vorwärts schrieb zu jener Zeit: „Zum erstenmale beteiligen sich diesmal in Düsseldorf die Arbeiter an den Stadtverordnetenwahlen 3. Klasse und zwar ist ein Kompromiß geschlossen zwischen den freien Gewerkschaften und den deutschen Gewerkschaften. Die Kandidaten sind ohne Rücksicht auf ihre Parteizugehörigkeit auf ein fortschrittliches wirtschaftliches Programm verpflichtet worden.“

Dieses Programm umfaßte folgende sieben Punkte: 1. Errichtung eines kommunalen Arbeitsamtes als Zentralstelle kommunaler Sozialpolitik mit den Aufgaben der Arbeitsstatistik, des Arbeitsnachweises, der Arbeitslosen-Fürsorge und der Auskunftsvermittlung. Die Arbeitsvermittlung ruht für Betriebe, wo Streiks oder Aussperrungen bestehen. Das Arbeitsamt besteht zu gleichen Teilen aus Arbeitgebern und Arbeitnehmern.

2. Einführung der Minimallohnklausel bei Arbeits- und Lieferungsverträgen der Gemeinde. Ablehnung einer Streikklausel. Verbot der Übertragung von Arbeiten und Lieferungen für die Gemeinde an Gemeindevertreter.

3. Ausgestaltung aller städtischen Betriebe als Musterbetriebe. Einsetzung von Arbeiterausschüssen. Festlegung der Arbeitsbedingungen, Arbeitsordnungen und Löhne unter Zuziehung der Arbeiterausschüsse und der Berufsorganisationen als vollberechtigte Vertretung der Arbeiter. Lohnstufala nach Dienstdauer. Achtstundentag der in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Ferienurlaub unter Fortzahlung des Lohnes resp. Gehaltes.

4. Forderung einer gesunden Bodenpolitik zur Erleichterung der Herstellung guter, billiger Wohnungen. Beständige Erweiterung des städtischen Grundbesitzes, Unverkäuflichkeit, Bervwertung desselben durch Erbbaurecht, Errichtung von Wohnungssäntern mit den Aufgaben der Wohnungsinspektion. Unterstützung gemeinnütziger Bauvereine, die auf dem Boden des gemeinsamen Eigentums stehen. Einführung von Steuern, die den unverbienten Wertzuwachs von Grundstücken treffen, Selbstreinigung. Berechtigung des Ankaufes dieser Grundstücke zu selbst einträglichen Beträgen.

5. Unentgeltlichkeit der Lehrmittel in den Volksschulen, Festlegung der Klassenfrequenz nach Grundfächern der Schulhygiene und Pädagogik. Einrichtung von Hilfsklassen für Minderbegabte. Anstellung von Schulärzten. Kostenlose Aufnahme begabter armer Schüler in höhere Schulen, wenn eine Prüfung die besondere Befähigung nachweist.

6. Errichtung und Betrieb von Volksbibliotheken, Lesehallen, Volkshäusern, Volkstheatern und Musikhallen, die zur Benutzung allen Richtungen offen stehen.

7. Zur Erhaltung der Volksgesundheit gemeindlicher Betrieb der Kanalisationen, Straßen- und Latrinereinigung, Kehr- und Müllabfuhr. Beständige Kontrolle und Regelung des Nahrungsmittel-Verkehrs. Errichtung öffentlicher Bäder mit unentgeltlicher Benutzung zu bestimmten Zeiten. Öffentliche Spiel- und Turnplätze.

Als Kandidaten waren nominiert von den freien Gewerkschaften der Deonom des dortigen Gewerkschaftshauses Ludwig Schmidt, der Vorsitzende der Geschäftskommission des Gewerkschaftshauses Ernst Erbert, von den deutschen Gewerkschaften der Schlosser Paul Ziegler und der Schreiner Johann Brocker. Ob der erstgenannte Kandidat infolge gewisser örtlicher Vorkommnisse besonders glücklich gewählt war, lassen wir dahingestellt. Den Wahlkampf hier zu schildern erübrigt sich wohl, bemerkt sei nur, daß die Stimmung in Arbeiterkreisen eine sehr erbitterte war ob der jeherzeit arbeiterfeindlichen Haltung des bisherigen Stadtparlaments. Am 6. und 7. November fand die Wahl statt. Von 29 593 Wählern übten nur 7 297 ihr Wahlrecht aus. Es entfielen in der dritten Klasse Stimmen auf Ziegler 2 294, auf Erbert 2 293, auf Schmidt 2 284, auf Brocker 2 279. Die Gegenkandidaten (des Zentrums) erhielten 2 921 bis 3 637 Stimmen. Das war bei der erstmaligen Wahlbeteiligung der Gewerkschaften ein glänzender Erfolg, der, wie der Vorwärts schrieb, „noch bis zum Wahltag als eine Unmöglichkeit erschien“, daher auch die Gleichgültigkeit der dortigen Parteigenossen gegenüber den Stadtverordnetenwahlen. Statt aber nun den Erfolg dieses Vorgehens den vereinigten Gewerkschaften zuzuerkennen nahm ihn in vollem Umfange die sozialdemokratische Partei für sich in Anspruch. So schrieb die Düsseldorf Volkszeitung:

„Wir Sozialdemokraten haben uns in diesem Jahre zum erstenmale an einer Stadtverordnetenwahl beteiligt und sind dem Zentrum veranlaßt, den Leib gerückt, daß eine für uns Sozialdemokraten sehr günstige Stichwahl zwischen uns und dem Zentrum notwendig geworden ist.“

Und der Vorwärts schrieb: „Die Sozialdemokraten erhielten nach kurzer Agitation (folgt Stimmzettel). Beim ersten Anliege brachten wir Erbert und Ziegler in die Stichwahl. Dieser imponierende Erfolg der Sozialdemokratie steht gegenüber der klirrenden Zerfahrenheit.“

Für das Korrespondenzblatt ergibt sich aus diesen Darlegungen ein eigenartiges Dilemma: Entweder haben die deutschen Gewerkschaften und die freien Gewerkschaften den Sieg erfochten, dann ist diesen nach den begeistertsten Worten der Parteiblätter ein hohes Lob zu spenden, daß sie möglich machten, was der Partei nicht gelang, oder der Erfolg ist der Partei zu danken, dann ist die an den Gewerkschaften geübte Kritik gegenstandslos.

Wie sehr aber gerade das Vorgehen der Gewerkschaften bei diesen Wahlen Aussicht auf Erfolg hat, bewies die am 26. und 27. November stattgefundene Stichwahl, bei der Ziegler 2 757, Erbert aber nur 1 968 Stimmen erhielt. Das ist bei dem ersten ein Plus von 463, bei letzterem ein Minus von 325 Stimmen. Wenn man berücksichtigt, daß der Gewerkschaftler Erbert als bekannter Sozialdemokrat einen bedeutenden Stimmenverlust zu verzeichnen hatte, so dürfte dies wohl schwerlich als „ein imponierender Erfolg der Sozialdemokratie“ zu verzeichnen sein. Es ist anzunehmen, daß die Sozialdemokratie bei den nächsten Stadtverordnetenwahlen selbständig vorgehen wird, nachdem die vereinigten Gewerkschaften durch ihr selbständiges und mutvolles Vorgehen Breishe gelegt. Den letzteren wird man dann im Sinne des Korrespondenzblattes demonstrieren, daß sie sich mit dieser Frage nicht weiter zu beschäftigen hätten. „Das ist Sache der Partei!“

Was lehrt uns aber das von der politischen Arbeiterpresse fast totgeschwiegene und in der Gewerkschaftspresse — mit „rühmlicher“ Ausnahme des Korrespondenzblattes — absichtlich ignorierte Düsseldorf Ereignis? Es lehrt uns, auch ziffernmäßig, daß jedes Arbeiterinteresse durch die Gewerkschaften gewahrt werden kann, ja daß einem Vorgehen derselben auch auf politischem Gebiete weit eher die Unterstützung aus anderen Gesellschaftskreisen zu teil wird als dies bei Parteikandidaturen der Fall sein kann. Ist es nicht eine zwingende Logik, daß dort, wo unsere Interessen in Frage stehen, wir selbst diese am zweckmäßigsten und wirksamsten vertreten können? Es wird immer ein Verdienst der Düsseldorf Gewerkschaften bleiben, daß sie die Kräfte der Arbeiter zu sammeln und zur Geltung zu bringen wußten. Wenn auch ein Mandat im ersten Ansturm nicht zu erkämpfen war, so ist es heute doch nur eine Frage der Zeit, bis die ganze dritte Wählerklasse den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern Düsseldorf gehört. Zum Nutzen aller Arbeiter. Daß aber dieses „böse“ Beispiel anderswo keine Nachahmung findet, dafür sorgt der Parteigenosse in den Gewerkschaften unter Führung des Korrespondenzblattes, damit der „innige Zusammenhang zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaften“ durch ein berechtigtes selbständiges Handeln der letzteren keinerlei Trübung erleide.

Korrespondenzen.

Bayern. Die am 25. Oktober wegen Landstreicherei erfolgte Verhaftung eines reisenden Verbandsmitgliedes in Selb veranlaßte den Gauvorstand, das mit der Untersuchung betraute Bezirksamt Neuauf unter Hinweis auf unsere Unterstützungseinrichtungen sowie auf die zurzeit herrschende enorme Arbeitslosigkeit in unserm Bereich, insbesondere aber auf den infolge unserer Eingabe im September 1908 seitens des Ministeriums des Innern an die Kreisregierungen ergangenen Erlaß um sofortige Freilassung des verhafteten Mitgliedes zu ersuchen. Ob unser Einschreiten Erfolg hatte, blieb uns bis jetzt unbekannt. Neuerdings wurde uns die Verhaftung eines Mitgliedes wegen des gleichen Mutes aus Staffelstein berichtet. Die Freilassung des letzteren erfolgte andern Tages, nachdem sich dasselbe als Verbandsmitglied legitimiert. Wir möchten nun reisende Kollegen auffordern, falls sie in eine gleich unangenehme Lage kommen, sich auf oben erwähnten Erlaß zu berufen, eventuell aber dem bayerischen Gauvorstande umgehend Nachricht behufs Intervention zu geben.

E. F. Dussel. Am 23. November feierte der hiesige Ortsverein sein erstes Stiftungsfest durch einen Tanzausflug nach Mendorf. Dort angekommen, wurde die Feier durch einige Musikstücke eingeleitet. Hierauf dankte unser erster Vorsitzender Bacher den Kollegen sowie den besonders dazu Eingeladenen für ihr zahlreiches Erscheinen. Es folgten sodann abwechselungsweise Tanz, Gesangs- und sonstige Vorträge, welche letztere mit besonderem Beifalle aufgenommen wurden. Auch der Herr Bürgermeister von Mendorf, welcher die Schwarzkrünsterlicher durch seinen Besuch erfreute, amüsierte sich aufs Vorzüglichste und stattete zum Schluß den Dank ab für die freundliche Einladung und den schönen Verlauf. So verlief der Tag in schöner, anregender Weise und wird gewiß bei allen Anwesenden den Wunsch geweckt haben, daß eine ähnliche Veranstaltung in nicht zu langer Zeit folgen möge.

re. Jena. (Maschinenmeisterklub.) Am 8. November konnten wir auf das vierjährige Bestehen des Vereinigten Klubs zurückblicken. Bei Gründung desselben waren die

Städte Apolda, Jena, Naumburg, Saalfeld und Weimar vertreten. Naumburg sowie auch jetzt Weimar-Apolda gründeten einen Klub, dagegen gewannen wir zu Jena-Saalfeld die Städte Koburg-Ilmsdorf und mit Freunden können wir konstatieren, daß zurzeit die Mitgliederzahl die höchste Ziffer seit dem Bestehen des Klubs erreicht hat. Die auswärtigen Funktionäre und Mitglieder ermöglichten durch reiches Handhabenarbeiten ein gutes Einvernehmen mit dem Vororte, trotz der sehr weit und zerstreut liegenden Orte. — Am Vororte selbst wurden in den Klubzungen nur technische Fragen behandelt. In der Novemberfeier wurde bedauert, daß in dem letzten Münchener Berichte zu den wichtigen technischen Fragen die betreffenden Antworten, wenn auch noch so kurz gefaßt, fehlten. Man denke sich ein einzeln sitzendes, junges Mitglied, das keine Gelegenheit hat, sich einem Klub anzuschließen, mit Dank würde es im Corr. die lehrreichen Antworten studieren und in sich aufgenommen haben und die Großen hätten den Kleinen geholfen. — Der schon i. J. im Corr. erwähnte Sächsisch-Thüringische Maschinenmeistertag in Jena wird noch allen Teilnehmern in bester Erinnerung stehen; wir erhoffen nächstes Jahr wieder so ein schönes Beisammensein an einem andern Orte. — Am 30. November waren wir zur Gründungsfeier des Weimarschen Klubs eingeladen und die wenigen aber urgemüthlichen Stunden im Hotel-Restaurant Krommweh werden uns unvergeßlich bleiben. Unter andern kam bei einer Deklamation eine riesig große Geklawurft unter den Druckern zur Verteilung, die so gut mundete, daß wir am liebsten die zweite Auflage gewünscht hätten. Wenn hätten wir noch ein paar Stunden an dieser gastlichen Stätte verweilt, jedoch das Dampfproß wartet nicht und unter dem Klänge des Liedes „Auf den Bergen die Burgen“ schieden wir von dannen. Nicht unerwähnt wollen wir lassen, daß auf der Heimreise zwischen Mellingen und Großschwabhausen einer unserer Kommilitonen sekrank wurde, diesem schien die Ektrawurft genau so schwer im Magen zu liegen wie unserm Freunde und einstmaligen Agitator am fahlen Strande der Begnig.

Leipzig. Wie aus dem letzten Versammlungsberichte des Vereins der Stereotypen- und Galvanoplasten für Leipzig ersichtlich, legte mir der Kollege Biesold förmlich die Worte in den Mund, „daß die Stereotypen mit der Schnapspulle großgezogen würden“, wie ich auf der Mainzer Generalversammlung ausgeführt haben soll. Der Sachverhalt ist folgender: Es standen die Anträge Frankfurt a. M. und Dresden zu § 11 des Verbandsstatuts zur Debatte, die gegen seine alte Form eine Verschärfung bezweckten, um strenger gegen solche Kollegen vorgehen zu können, die in freivolter Weise ihre Kondition aufs Spiel setzen. Ich führte dazu aus (Herr Biesold möge förmlich das Protokoll genannter Generalversammlung, Seite 118 studieren): „Ich bin auch nicht für Härten, aber wenn Mitglieder sich solche Sachen zu Schulden kommen lassen, dann kann unsererseits keine Verantwortung dafür übernommen werden, damit uns die Verantwortlichkeit dafür nicht aufgebürdet wird.“ Wir haben Kollegen, bei denen die Schnapspulle eine große Rolle spielt und die müssen zur Reision gebracht werden. Wie aus meinen Neujahrserwartungen Kollege Biesold die Schnapspulle in so verdächtiger Weise auf seine Branchenkollegen beziehen kann, ist mir rätselhaft oder sollte sich bei ihm das Sprichwort bewahren: „Wem's juckt, der frage sich? Mir scheint, Kollege Biesold bedurfte zur Bekämpfung seiner Unsauberkeit in der fragl. Branchensammlung gewisser Effekte, was aber eine sehr zweifelhafte Propaganda ist zur Förderung seiner Berufsinteressen. Es ist eine alte betäubende Erfahrung auch in unseren Kreisen, wie deutlich auch aus dem gen. Berichte heraustritt, daß, wenn mal der Vereinsstarke festgefahren, man stets die Ursache da, wo sie niemals zu finden ist, sucht. Man wälzt die Schuld auf führende, amtierende Personen, auf die Verwaltung, ohne zu bedenken, daß alle notwendige Kraft zur Organisation niemals von oben herab eingemipft werden kann, sondern verhandelsgemäß von unten, aus der Masse, aus Mitgliederkreisen kommen muß, wenn ihr eine Zukunft beschieden sein soll. Georg Kreschmar.

München. Am 16. November wurde der vom hiesigen Maschinenmeister-Klub ins Leben gerufene Kurios im Illustrationszirkeln und -Druck bei einer Teilnehmerzahl von 45 Kollegen mit einem Einleitungs-vortrage vom Vorsitzenden Ernst eröffnet. Redner schilderte in einem sehr sachlich gehaltenen Vortrage den Beginn der Buchillustration, dann die Blütezeit, den Verfall und jetzigen Stand derselben, weiter erwähnte derselbe, was alles zu einem guten Illustrationsdrucke notwendig sei und erklärte ausführlich die Handhabung eines Bildes und Ausschmittes. Lebhafter Beifall lohnte den Redner für seinen lehrreichen Vortrag. — Am 22. November hielt der hiesige Klub seine stark besuchte Ordentliche Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende verlas verschiedene Artikel aus den Fachzeitschriften Deutscher Buch- und Stein-drucker und Schweizer Graphischen Mitteilungen. Diese Artikel wurden zur Diskussion gestellt. Nach Schluß der Versammlung hielt die Mitglieder eine gemüthliche Unterhaltung noch lange zusammen.

Rundschau.

Der Streik in Budapest wird als beendet erklärt. Das gesteckte Ziel: dem neuen Tarife in dem überwiegenden Teile der hauptstädtischen Druckereien Geltung zu

verschaffen, ist erreicht. Zu unterstützen sind noch 280 Gewerbetreibende, welche pro Mann und Woche 11,50 Mk. erhalten.

Das fünfzigjährige Berufs-jubiläum begeht am 13. Dezember Kollege Heinrich Kusche in der Buchdruckerei Julius Sittenfeld in Berlin. Zu Ehren des Jubilars findet im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, ein Kommerz statt. Kollege Kusche lernte in Königsberg i. Pr. und fonditionierte u. a. längere Zeit in Memel, Rastenburg und Stettin.

Wieder ist einer jener alten Kämpfer dahingegangen, welche dem Verbands von Anbeginn angehörten. Peter Josef Wolff, seinerzeit Kassierer des ehemaligen Bundes Rheinland, ist am 5. Dezember in Bonn verschieden. Er hat es zum respektablen Alter von 81 Jahren gebracht. Sein Name wird besonders in den Rheinlanden neben dem Gerards, dem Vorsteher des oben genannten Bundes, unvergessen bleiben.

Wie aus dem Korrespondenzteil der heutigen Nummer zu ersehen, gehört die Verhaftung „mittelloser“ Reisender nicht nur in Oesterreich, sondern auch in Bayern zu den modernsten Pflögenheiten der Polizei. Soweit Verbandsmitglieder dabei in Frage kommen, müge man vornehmen Falles den a. a. D. gegebenen Winken ungefährnt nachkommen.

Unumgänglich als Gebieter herrscht in Kaiserslautern der derzeitige Geschäftsführer der Thiemeschen Druckerei, G. m. b. H., Herr Emil Thieme, über das Personal in- und außerhalb des Geschäfts. Die Geschäftsordnung wimmelt von Strafsparagrafen, auch ist den Arbeitern die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen verboten. Kürzlich ging Herr Thieme noch einen Schritt weiter, er verbot seinem gesamten Personale den Besuch einer bestimmten Wirtschaft, weil der Besitzer derselben zwei Gehilfen angebroht, sie wegen einer Beschuldigung zu verklagen. Natürlich geschah das, um den Wirt „vor weiterem Schaden“ zu bewahren. In früheren Fällen beglich Thieme die Schulden „seiner Leute“ und zog den Betrag vom Lohne ab.

Eine öffentliche Volksversammlung in Dürkheim beschäftigte sich u. a. auch mit dem Buchdruckereibesitzer (früher Buchhalter) Finkel, der sich nicht nur damit begnügt, in seinem Geschäft bezüglich der Zahl der Lehrlinge über das Maß dessen was recht und billig hinaus-zugehen, sondern, wie früher mitgeteilt, seine Kollegen in der Pfalz gewissermaßen aufzubreite, ein Gleiches zu tun resp. gegen die Bemühungen des Tarif-Antes, in dieser Beziehung Wandel zu schaffen, Protest zu erheben. Selbstverständlich war das Zeugnis, das die Versammlung diesem „Prüfungsmeister“ für das Buchdruckergewerbe ausstellte, kein günstiges.

Der Buchdruckereibesitzer Alois Schwab in Groß-Otterleben hat ein neues Geschäftslokal bezogen und dort dem Gebote des Fabrikinspektors betr. Abschaffung einiger Mängel erst nach geraumer Zeit Folge geleistet, weshalb er vom Schöffengerichte zu 20 Mk. Geldstrafe verurteilt wurde. Unter andern war der Fußboden un-dicht und kein Aufbewahrungsort für Kleidungsstücke vorhanden.

Der Gesamtvorstand des Deutschen Sprachvereins ist in seiner letztabgehaltenen Sitzung der Frage der Er-richtung eines Reichsamtss für deutsche Sprache näher getreten und will dieserhalb bei den zuständigen Behörden vorstellig werden.

Der Reichs-Anzeiger bringt einen Auszug aus den Jahresberichten der deutschen Gewerbe-Aufsichtsbeamten. Darin heißt es: „Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter hat sich gegenüber dem Vorjahre ganz erheblich verschlechtert. Die Löhne sind im Laufe des Berichtsjahres fast durchweg beträchtlich gesunken. Die Lebenshaltung der Arbeiter hat dieser Ausfall an Verdienst im allgemeinen um so ungünstiger beeinflusst, als die Lebens-mittelpreise zugleich erheblich gestiegen sind.“ Na also! Um diese wirtschaftliche Lage zu „heben“, sollen alle Nahrungsmittel durch Einführung hoher Zölle verteuert und durch eventuelle Zollkriege die Arbeitsgelegenheit vermindert resp. noch mehr auf den Arbeitslohn gedrückt werden!

Die staatlichen Salzwerke in Staßfurt haben Feier-schichten eingelegt. Auch in Leopoldsdorf wird bei gekürzter Arbeitszeit gearbeitet.

Der Landtag in Neuz. L. beschloß seinerzeit, dem Fabrikinspektor eine weibliche Hilfskraft beizugeben. Dieser Beschluß ist jetzt von der Regierung ausgeführt worden. Dagegen hat das Ministerium die von der Handwerkskammer in Gera betriebene Einführung einer Warenhaussteuer endgültig abgelehnt. Die Agitation erstreckte sich auf ganz Thüringen.

In Meinungen beschloß der Landtag, die Regierung aufzufordern, ihm baldigst eine Vorlage über Einrichtung einer staatlichen Wohnungs-Zuspektion zu machen.

Die Stadt Dresden hat 100000 Mk. bewilligt zur Durchführung von Regulierungsarbeiten auf dem linken Elbufer. Die Bewilligung erfolgte unter der Rubrik „Notstandsarbeiten“. Ob diese Benennung nun zu-trifft oder nicht — man behauptet, daß es sich dabei zum größten Teile um Arbeiten handelt, die ohnehins her-gestellt werden mußten — jedenfalls ist Arbeit geschaffen und das ist ja die Hauptsache.

Für Beschäftigung Arbeitsloser wurden in Erfurt 10000 Mk. bewilligt. Es soll der Rest des Festungs-walls abgetragen werden.

Demnächst tritt im Reichsjustizamt eine Kommission zur Reform des Strafprozesses zusammen, die sich

mit einer Reihe von Fragen beschäftigen soll, welche durch Vorgänge der letzten Zeit akut geworden sind. Dazzu gehören u. a. der Zeugniszwang gegen Medizikure und das übrige Personal der periodischen Presse, die Vor-schriften über die Beerdigung der Zeugen und Sach-verständigen, die Voraussetzungen für Erlassung und Aufhebung des Haftbefehls, die Strafvollstreckung. — Justizminister und Minister des Innern in Preußen haben allgemeine Vorordnungen über die Behandlung von Gefangenen und vorzuführen Personen auf dem Transporte erlassen. Durchgreifende Maßregeln ent-halten diese Vorordnungen zwar nicht, immerhin sind sie geeignet, wenigstens die stärksten „Mißgriffe“ zu beseitigen, vorausgesetzt, daß die Polizei ihnen die nötige Beachtung schenkt. Das was in letzter Zeit in dieser Beziehung geschah, war auch nach den bestehenden Bestimmungen nicht immer zulässig.

Eine Regierungs-Polizeiverordnung verlangte bei der polizeilichen Abmeldung die Vorlegung des Steuer-zettels und nahm daraufhin einen Mann in Strafe, weil er diesem Gebote nicht nachkam, er hatte angeblich den Steuerzettel verloren. Das Schöffengericht wie Land-gericht hielt dieses Verlangen für ungeschickert und dem idiosch sich das Kammergericht, das von der Staats-anwaltschaft angegriffen worden war, an. Die fragliche Verord-nung ist bereits seit 1874 unbeachtet gelassen worden. Auch eine andre Polizeiverordnung aus dem Jahre 1890, für den Regierungsbezirk Appeln erlassen, wurde vom Kammergerichte für rechtswidrig erklärt. Diefelbe betrifft die Erteilung von Zwangspässen, welche dem Inhaber vorschreiben, auf einem ganz be-stimmten Wege den Ort seines Unterzuchtungswohnsitzes aufzusuchen und wurde hauptsächlich gegen sogenannte Bagabunden angewandt. Solche Zwangspässe seien nach dem Zuständigkeitsgesetze nicht mehr zulässig.

Ein Kellner glaubte das Gewerbegericht zu einem ganz besondern Schwindel benutzen zu können. Der-selbe klagte auf 250 Mk. Entschädigung wegen Ver-zehrhaltung seiner Zeugnisse, wodurch er keine neue Stelle habe finden können. Weber das erstere noch das letztere beruhte auf Wahrheit, gleichwohl lebte der Kläger die gebotenen 30 Mk. ab. Die Klage wurde abgewiesen, weil der Nachweis nicht erbracht werden konnte, daß durch das Fehlen der Zeugnisse dem Kläger ein Schaden entstanden und er überdies die Zeugnisse erst fünf Wochen nach seinem Abgange verlangt hatte. Auch hatte sich der Direktor um die Erlangung der Zeugnisse aus den früheren Arbeits-stellen des Klägers bemüht und diese dem letztern aus-gehändigt. Schließlich wurde der Kläger in demselben Hotel, dem jetzt ein neuer Direktor vorstand, wieder ein-gestellt, rückte aber bald wieder mit einer Klage wegen einer andern Differenz vor. Hierbei stellte sich nun heraus, daß der Kellner seine angeblich abhanden ge-kommenen Zeugnisse beim Portier des Hotels gegen 10 Mk. verpfändet gehabt, demnach im ersten Klagesalle den damaligen Direktor ganz ungerechtfertigt beschuldigte. Nun wird sich der Schwindel wegen Betrugsversuchs vor-gem Strafrichter zu verantworten haben.

Ein Schöffengericht in Dresden hat sechs Brauer zu insgesamt fünfzehn Monaten Gefängnis verurteilt wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs und Beleidigung. Das Vergehen bestand, wie die Sächs. N.-Ztg. mitteilt, darin, daß die Angeklagten in eine Versammlung von neun der Organisation nicht angehörig, „Kollegen“ gingen, dort — selbst nach Aussage der Belastungszeugen — sich durchaus anständig betrugten, aber hinausgewiesen wurden und diesem Gebote erst Folge leisteten, als Polizei geholt wurde. Die Beleidigung wurde darin gefunden, daß einer der Angeklagten beim Abgange ankerte, die Leute seien wohl Anarchisten oder Vaterlandsverräter, daß sie solche Heimlichkeitskammer trieben. Die ganze Geschichte war hiernach eine sehr harmlose, zumal die Zu-sammenkunft keinen eigentlichen Zweck, vielmehr lediglich den Anstich eines Bierabends hatte und keinerlei Streit entstanden war. Anders freilich sieht die Sache in der Urteilsbegründung aus. Danach haben die Angeklagten im bewußten und gewollten Zusammenwirken gehandelt. Sie seien zwar unbedacht und auch der Meinung ge-wesen, es handle sich mit um ihre eignen Interessen und sie würden Zutritt erhalten. Es komme aber straf-schärfend in Betracht die lange Dauer der Ausschreitung, die Gefährlichkeit ihrer Handlung und der Terrorismus, den sie ausübten, indem sie ihren Willen anderen auf-zwingen wollten.

Zu Ausstände befinden sich die Zigarrenarbeiter der Firma Wessel in Lumenthal wegen Lohnkürzung. Der Mannverstreit in Rostock wurde in Mitleid auf die augenblicklichen Witterungsverhältnisse für beendet erklärt. Maßregelungen sind nicht ausgeschlossen. — In Lem-berg und Krakau und anderen Orten Italiens streiken die Apothekergehilfen. Der Bergarbeiterstreik in Frank-reich ist nun definitiv zu Ende. Die letzten Ausständigen in Carmauz, haben die Arbeit ebenfalls aufgenommen. Ihre Teilnahme am Streik, die lediglich aus Solidaritäts-gründen erfolgte, hat ihnen eine Lohnkürzung gebracht. Zwischen den Seeleuten in Marseille und Vertretern des Marineministeriums fanden Verhandlungen statt, welche zur Einigung führten. Es hängt nun von den Reedern ab, ob sie den getroffenen Forderungen zu-stimmen werden. Geschloß das nicht, so ist die Prokla-mierung des Generalstreiks in Aussicht genommen.

Aus New York wird gemeldet, daß der frühere Direktor der transatlantischen Transportgesellschaft, Becker,

welcher augenblicklich Mitglied des Stahlstrüßes ist, beschloßen hat, zwei Millionen Dollar an seine früheren Angehörigen, deren Zahl sich auf 300 beläuft, zu verteilen.

Briefkasten.

Ortsverein Barmen: 4 Mk. — C. K. in Münster: 3,25 Mk.

Verbandsnachrichten.

Danzig. Die Sperre über die H. Müller vormals Wedelsche Hofbuchdruckerei ist aufgehoben und steht einem Konditionsantritte nichts entgegen.

Zrier. Vom 1. Januar ab besteht der hiesige Ortsvereinsvorstand aus folgenden Kollegen: P. K rein, Paulstraße 123, Vorsitzender; P. Felberg, Stellvertreter; R. Binz, Kassierer; L. Abel, Schriftführer; Kronz und Harings, Beisitzer; H. Blasius, Reisefassungsverwalter.

Waldenburg i. Schl. Die Buchdruckerei von Hugo Scholz hier ist für Verbandsmitglieder geschlossen.

Zur **Aufnahme** haben sich gemeldet (Einnendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Dortmund der Sezer August Hundeshagen, geb. in Hipsfeldt 1884, ausgel. in Lüdinghausen 1902; war noch nicht Mitglied. — Heinrich Becker, Dortmund, Kieselstraße 5, I.

In Erfurt die Sezer 1. Richard Kling, geb. in Linz (Osterrich) 1882, ausgel. in Kinstetten 1900; 2. Louis Schüler, geb. in Suhl 1877, ausgel. das. 1895; 3. der Drucker Friedrich Eichholz, geb. in Neu-Breisach i. Elß. 1880, ausgel. in Kolmar 1900; waren noch nicht Mitglieder. — In Jlmeneau der Sezer Karl Kampf, geb. in Kolbilsleben 1881, ausgel. in Gartsbirga 1898;

war schon Mitglied. — L. Stange in Erfurt, Moltkestraße 20.

In Halberstadt der Sezer Friedrich Laue, geb. in Sangerhausen 1884, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — G. Zeuthe, Georgenstraße 5.

In Adolfszell der Drucker Eugen Blauschieß, geb. in Rastenburg (Ostpr.) 1883, ausgel. das. 1902; war noch nicht Mitglied. — Chr. Holz in Konstanz, Scheffelstraße 11.

In Necklinghausen die Sezer 1. Wilh. Leichert, geb. in Hlogau 1884, ausgel. in Guben 1902; 2. Alfred Franke, geb. in Groß-Drewitz 1883, ausgel. in Guben 1901; waren noch nicht Mitglieder. — In Herne der Sezer Georg Behrens, geb. in Celle 1876, ausgel. das. 1894; war schon Mitglied. — H. Dammeier in Bochum, Mauritiusstraße 16.

Reise- und Arbeitslosen-Interaktion.

Nordenham. Dem Sezer Paul Heinicke aus Berlin ist der hier am 27. November verabsagte Vorschuß von 1 Mk. abzugeben und portofrei an C. W. Wiffel, Nordenham, W. Bönings Buchdruckerei, einzuliefern. Die Herren Vereinsfunktionäre sind hierum freundlichst gebeten.

Verband der Elb-Lothringischen Buchdrucker.

Mühlhausen i. C. Wir warnen hiermit vor einem gewissen Dumont aus Belgien, der auf Grund eines Eintrages in seinem Arbeitsbuche, daß er Mitglied der Sektion Marzeile des französischen Buchdruckerverbandes war, sich schon an verschiedenen Orten die Reise-Interaktion erscheinend hat. Auch hier wurde ihm eine Reiselegitimation ausgestellt. Auf eine Anfrage in Marzeile erhielten wir aber die Mitteilung, daß nie ein Mitglied namens Dumont ihrer Sektion angehört habe, weshalb wir die Herren Verbandsfunktionäre ersuchen, falls Dumont sich noch im Besitze einer Reiselegitimation befindet, ihm dieselbe abzunehmen.

Tarif-Amt der Deutschen Buchdrucker.

Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schliebs, Berlin SW 48, Friedrichstraße 23a.

Zwölfter Nachtrag

zum Verzeichnisse der den Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1902.

- I. Kreis.
 - Barmstedt: Prange, Johs.
 - Bremen: Boesmanns Telegr.-Büreau.
 - Hannover: C. B. Engelhard & Co.; Gebr. Schaper & Co. (Hannoversche Allg. Ztg.).
 - H. Kreis.
 - Barmen: Hermann, Th.; Schöpp jun., Rich.
 - Köln-Nippes: Eder, Alexander.
 - III. Kreis.
 - Mainz: Werner, Georg.
 - Wiesbaden: Gebr. Petencky; Verlagsanst. d. Rhein-Kurier.
 - IV. Kreis.
 - Frankenthal: Beller, L.; Louis Göhring & Co.
 - VI. Kreis.
 - Raumburg a. S.: Rißmann, Otto.
 - VII. Kreis.
 - Ebersbach i. S.: Buchdruckerei H. D. Gnaud.
 - IX. Kreis.
 - Kaufbeuren: Schmidt, Bruno.

Aus dem Verzeichnisse der tariffreien Buchdruckereien wurde gestrichen die Firma:

Kreis VIII: G. Gutdeutsch in Ludenwalde. IX: R. Kubijch in Brieg.

Bekanntmachung.

Arbeitsnachweis Dresden, Bettinerstr. 10. Verwalter ist jetzt Herr H. Gründling.

Berlin, 7. Dezember 1902.

H. Bügenstein, L. H. Giesecke, Prinzipalvorsitzender. Gehilfenvorsitzender. Paul Schliebs, Geschäftsführer.

Wappen-Brosche 2,95 Mark franko.

Gute Buch- und Steindruckerei mit Handbetrieb, 8 bis 10 Maschinen; ist billig zu verkaufen oder kann sich ein Fachmann mit Kapital beteiligen. Werte Offerten unter U. J. 821 an Invalidenbank, Leipzig erb.

Eilt!

Zum Verkauf von Zigarren an Wirte usw. wird ein tüchtig Agent gesucht, gleich wo wohnhaft. Vergütung ev. 250 Mk. pro Monat oder hohe Provision. A. Meek & Co., Hamburg.

Maschinenmeister [147] erste Kraft, ganz besonders tüchtig im Autotypie, Dreifarben- u. Vierfarbendrucke, an selbständiges, flottes Arbeiten an Zweifarbenmaschine gewöhnt, wenn möglich auch im Tonplatten schneiden bewandert, gesucht. Die Stellung ist dauernd sowie angenehm und per 1. Januar 1903 erweit. auch früher zu besetzen. Es wird nur auf einen tüchtigen, zuverlässigen Herrn gesehen, Alters respektiert und sind wertvolle Offerten mit Gehaltsanpr. unter Beifügung v. Druckmustern u. Zeugnisabschriften sowie Angabe der seither. Tätigkeit an G. Heydt Nachf., Hanau, zu richten.

Zurichter

gelehrter **Mechaniker**, langj. als Zurichter in ersten Schriftgießereien tätig gewesen, erf. fahren im Bau von Schriftgießmaschinen und Instrumenten verschiedener Systeme, focht, selbst Arbeiter mit Primarzeugnissen, sucht job. oder 1. Jan. 1903 im Inn- oder Ausland passende Stellung. Werte Offerten erb. unter E. 88 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Rund- und Gladstereotypen

zuverlässige u. selbständige Kraft, nach einer Stadt Thüringens gesucht. Werte Offerten mit Angabe des Alters und der Lohnforderung, sowie Beifügung der Zeugnisse an die Geschäftsstelle d. Bl. unter A. Z. 131 erbeten.

Sezer — Stereotypen

verheiratet, sucht sofort oder später Stellung. Werte Offerten erbittet P. Schmidt, Letze 15, in Berlin bei Grimmitzhaus, Nieseburgstr. 16. [142]

Darmstadt.

Samstag den 13. Dezember, abds. 9 Uhr, im Lokale des Herrn Karl Phil. Müller, zur Rosenhöhe, Cafe der Buchdruckerei und Wirtstraße. **Mitgliederversammlung.** S. S. Protokollverlesung; 2. Aufnahme neuer Mitglieder; 3. Weihnachts-Unterstützung der arbeitslosen Kollegen; 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich u. pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand. [143]

Norddeutscher Maschinensetzer-Verein

Sitz Hamburg.

Sonntag den 14. Dezember, nachmitt. 2 Uhr: **Versammlung**

im Restaurant Optix, Kaiser Wilhelmstr. 48. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Der Vorstand. [141]

Absatz etwa 5000 Stück

Frankfurt a. Main.

Sonntag den 14. Dezember, vormittags 11 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshaus, am Schwimmbade:

Typographisches Früh-Konzert

ausgeführt mit dem

Riesen-Konzert-Grammophon

des Kollegen Friedr. Reiser. — Eintritt 10 Pf. — Programm an der Kasse.

Die Kollegen von hier und Umgebung werden höflich gebeten, sich recht zahlreich zu beteiligen. Das Vergnügungskomitee. [143]

Liedertafel Gutenberg von 1877. Hamburg-Altona.

Sonntag den 21. Dezember, nachmittags 4 Uhr:

Weihnachts-Vergnügen für Kinder

im Logenhaus, Welfenstraße.

Von 9 Uhr ab Ball für Erwachsene.

Mitglieder und deren Angehörige frei. — Eingeführte Herren 75 Pf., eine Dame frei, jede weitere Dame 50 Pf.

Die geehrten Mitglieder werden ersucht, die teilnehmenden Kinder bis spätestens Dienstag den 16. Dezember bei dem Unterzeichneten unter der Adresse: Bornhöft, Al. Rosenstr. 16, anzumelden. Der Vorstand. [144]

Hamburg-Altona. * Maschinenmeister-Verein.

Sonabend den 13. Dezember, abends präzise 8 1/2 Uhr im Vereinslokale J. Optix, Kaiser Wilhelmstraße 48:

Monatsversammlung.

Tagesordnung:

1. Vereinsmitteilungen;
2. Monatsabrechnung;
3. Vortrag des Herrn F. W. v. Müller, Ingenieur der Elektrizitätswerke Schuchert & Co.: Das Wesen der Elektrizität, ihre Verwendung im Buchdruck usw.;
4. Technisches;
5. Freie Diskussion.

In Anbetracht des äußerst lehrreichen Vortrages bitten wir die Kollegen um vollständiges Erscheinen und, da der Vortrag sehr viel Zeit in Anspruch nimmt, präzise 8 1/2 Uhr anwesend zu sein. Es wird ganz präzise, angefangen. Der Vorstand. [125]

Auf den Weihnachtsstich aller Kollegen gehören meine und Glückwunschkarten, Stck. 5 und 10 Pf. Paul Ed. Lautenbach, Steglitz-Berlin

Für Christbaumverlosungen

empfiehlt Zigarrentaschen mit Buchdruckerwappen in Gold-Blau-Prägung à Stück 15 Pf. Chr. Schilling, Lehr i. W. [145]

Uuentbehrlich! Uuentbehrlich! Anhang zum Tarife

von Konrad Eichler, Leipzig, Salomonstr. 8. Preis pro Exemplar 10 Pf. Von den Verbandsfunktionären oder vom Herausgeber direkt zu beziehen. An Porto wolle man den Bestellungen außerdem noch bis zu 6 Stck. 3 Pf., 7 bis 12 St. 5 Pf., 13 bis 30 St. 10 Pf. belegen.

Typographia

*** Gesangverein *** Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer. Heute, Donnerstag, abends 9 Uhr: **Übungsstunde.** Wesens Einübung des Programms zur Weihnachts-Matinée ist das Erscheinen sämtlicher Sänger unbedingt notwendig. Zu dem am Sonnabend abzuhaltenden **Herren-Abende** haben mehrere Mitglieder ihre Eintrittskarten noch nicht abgegeben. Dieselben werden ersucht, heute noch das Verkauft nachzuholen, da wir sonst für nichts aufkommen können. Der Vorstand. [146]

Technik der bunten Accidenz.

Rich. Härtel in Leipzig-Bl. — 3,50 Mk.

Schönster Damen-Schmuck

Am 4. Dezember verschied nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Invalid

Wilh. Schöllgens

aus Aachen im 55. Lebensjahre. Derselbe war früher mehrere Jahre im Vorstande tätig und stets ein treues Mitglied.

Sein Andenken wird stets in Ehren halten. Der Ortsverein Barmen. [135]

Am 3. Dezember starb unser wertvolles Mitglied, der Drucker-Invalid

August Pape

aus Hamburg im 68. Lebensjahre. Möge ihm die Erde leicht sein! [134]

Buchdrucker-Verein in Hamburg-Altona.

Todes-Anzeige.

Am 5. Dezember starb in Bonn nach kurzem schweren Leiden unser Senior, der Setzer-Invalid

Peter Josef Wolff

im belnahe vollendeten 81. Lebensjahre. Der Verstorbene war Mitglied seit der Gründung des Verbandes und lange Zeit Kassierer vom frühern Gau Rheinland.

Ehro seinem Andenken! Ortsverein Köln des V. d. B. [138]

Am 28. November verschied in Oelde in Westf. nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Faktor

Franz Fierlings

im 81. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken wird ihm stets bewahren. [137]

Der Bezirksverein Münster i. W.

Richard Härtel, Leipzig-R.

Kohlgartenstrasse 48 Buchhandlung und Antiquariat liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten.

Friz Reuters sämtliche Werke. Neue vollständige Ausgabe in 8 Bänden 12 Mk., in 1 Bänden 10 Mk.

nur d. d. Graphische Verlags-

Anstalt, Halle a. S.